

## CDU<sup>12</sup>

Die CDU als Bundespartei hat sich hinter das im März 2005 vorgestellte „Eckpunktepapier zur Einführung sozialverträglicher Studienbeiträge“ der acht unionsgeführten Länder gestellt, das wiederum inhaltlich auf dem von Baden-Württemberg erarbeiteten Papier von 2004 basiert. Des- sen Inhalt lässt sich wie folgt zusammenfassen:

- Allgemeine Studiengebühren sollen höchstens 500 € pro StudentIn und Semester betragen;
- sie sollen zusätzlich zum vorhandenen Budget der Universitäten zur Verbesserung der Lehre eingesetzt werden; die bisherigen staatlichen Mittel sollen nicht gekürzt werden;
- dadurch würden insgesamt etwa zwei Milliarden € pro Jahr brutto zusätzlich den Hochschulen zukommen;
- die Bundesregierung wird aufgefordert, das Bafög umzugestalten und ein Darlehensmodell („nachlaufende Studiengebühren“) zu entwickeln.<sup>13</sup>

Bereits 2002 – als das Bundeskabinett die 6. Novelle des Hochschulrahmengesetzes verabschiedet hatte, gegen das die unionsregierten Länder mittlerweile erfolgreich beim Bundesverfassungsge- richts geklagt haben – erklärte die Stellvertretende Vorsitzende der CDU, die baden-württember- gische Kultusministerin Annette Schavan, als bis heute gültige Position der Bundespartei folgen- des:

„Der Versuch, Studiengebühren zu verbieten, ist eine unzulässige Einmischung in die Angele- genheiten der Länder und zeigt altes Denken. Mit dem Versuch, Studiengebühren per Bun- desgesetz zu verbieten, beweist die Bundesregierung, dass sie in der Bildungsreform dem al- ten Denken verhaftet bleibt, statt neue Freiräume zu schaffen. Der Gesetzentwurf hat keine Aussicht auf Erfolg, weil er dem Grundgesetz widerspricht. Hier mischt sich die Bundesregie- rung massiv in Angelegenheiten der Länder ein. Der Entwurf ist eine Attacke auf den Födera- lismus. Immer mehr Studierende entscheiden sich heute schon für Angebote, die ihnen Geld wert sind. Sie setzen auf Qualität statt auf das ideologische Symbol der Gebührenfreiheit. Obwohl an staatlichen Hochschulen keine Studiengebühren erhoben werden, stammen heute nur 8% der Studierenden aus einkommensschwachen Familien. Gebührenfreiheit ist eine Ur- sache für magere Bildungsqualität, aber keine Garantie für soziale Gerechtigkeit.“ (CDU- Deutschland 2002)

---

<sup>12</sup> Zur CSU siehe oben unter Punkt 4.1.1.: Bayern.

<sup>13</sup> CDU-Eckpunkte-Papier zu Studiengebühren vorgestellt, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) vom 19. März 2005, S. 1.